

Medienecho zur PPP-Fachtagung vom 23. Oktober 2009

Veranstaltungshinweise im Vorfeld der Tagung

- Newsletter SVöB (Schweizerische Vereinigung für öffentliches Beschaffungswesen)
- Schweizer Gemeinde
- Baublatt
- Kommunalmagazin
- die baustellen
- intelligent bauen
- Verein PPP in Hessen e.V., Mitgliederbrief
- VSGU-Website
- EconBiz - Virtuelle Fachbibliothek Wirtschaftswissenschaften

Berichterstattung im Nachgang zur Tagung (Belege beiliegend)

- | | |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------|
| • www.uniaktuell.unibe.ch - Online Magazin der Universität Bern | 26.10.09 |
| • Baublatt: „Noch viel zu wenig konkrete Projekte“ | 13.11.09 |
| • die baustellen: „Was fehlt zum Durchbruch“ | 30.11.09 |
| • Schweizer Immobilien Brief: „Mehr Leistung pro Steuerfranken“ | 30.11.09 |
| • Behörden Spiegel „Mehr Leistung pro Steuerfranken!“ | 01.12.09 |
| • Facility Services: „PPP – mehr Leistung pro Steuerfranken“ | 08.12.09 |
| • Kommunalmagazin: „PPP – was fehlt zum Durchbruch?“ | 13.01.10 |

Taugen private Firmen als Partner für den Staat?

Immer öfter erfüllt der Staat seine Aufgaben in langfristigen Partnerschaften mit privaten Unternehmen. Viele sehen in dieser Methode ein grosses Potenzial – Bundesrat Ueli Maurer jedoch zweifelt, wie er an einer Fachtagung erklärte.

Von Matthias Abplanalp

Neuenburg und St. Gallen haben schon eines, in Luzern ist es gerade im Bau. Und in Bern hat man es kühn Stade de Suisse genannt. In vielen Schweizer Städten schiessen derzeit neue Fussballstadien aus dem Boden, die alle etwas gemeinsam haben: Sie sind in Partnerschaften zwischen der öffentlichen Hand und Privatunternehmen entstanden. Die Fachwelt spricht von «Public Private Partnership» – kurz PPP. «Sportstätten sind ein erfolgreiches Beispiel von PPP-Projekten», sagte Urs Bolz von der Beratungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers an einer Fachtagung im Kursaal (siehe Kasten). Er gehört zu jenen, die der gemischtwirtschaftlichen Methode ein grosses Potenzial bescheinigen – ohne genau definieren zu können, was damit eigentlich gemeint ist. Denn die Grenzen zwischen PPP und der «gewöhnlichen» Zusammenarbeit mit Privaten sind fließend.

Langfristige Verträge

Und das sei einer der drei Gründe, weshalb in der Politik noch das Verständnis für die Methode fehle, betonte Bundesrat Ueli Maurer: «Niemand weiss genau, was PPP ist.» Deshalb stehe der Zustimmung im Allgemeinen immer noch eine Ablehnung im Speziellen gegenüber, argumentierte er in seinem Referat zur PPP-Methode aus staatspolitischer Sicht. Ein zweiter Grund bestehe darin, dass die Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und Privaten üblicherweise auf die Finanzierung reduziert und damit der Grundgedanke von PPP nicht umgesetzt werde. Dieser lautet: Der private Partner übernimmt nicht nur die Planung und den Bau eines Flughafens, eines Schulhauses oder einer Alterssiedlung, sondern auch den Unterhalt und den technischen Betrieb.



Der Eingang ins Wankdorf Center im Stade de Suisse: Moderne Fussballstadien sind multifunktional – private Investoren betreiben Einkaufszentren, Restaurants und Bürogebäude. (Bild: zvg)

PPP sind langfristige Partnerschaften, wie – um bei den Sportstätten zu bleiben – sie etwa im Fall des Stadions Neufeld kürzlich eingegangen wurde: Die Stade de Suisse AG hat von den Stadtbauten Bern bis ins Jahr 2025 den Unterhalt und den Betrieb des Stadions Neufeld übernommen. Sie investiert zum Beispiel in neue Kunstrasenplätze und erhält im Gegenzug das Recht, das Areal für eigene Zwecke zu nutzen, wenn es leer steht. So erzielen beide involvierte Partner einen Vorteil. Doch bei dieser Win-Win-Situation, die von den Verfechtern der PPP-Methode oft ins Feld geführt wird, meldete Maurer ein drittes Mal Zweifel an: Viele Politiker würden nur das «Win» auf der Seite der Privaten sehen. Diesem Misstrauen steht allerdings seit Beginn dieses Jahres ein Artikel in der

u^b

b
UNIVERSITÄT
BERN

Verein PPP Schweiz

ma. Im Jahr 2006 gründeten Vertreter des Bundes, einzelner Kantone und Städte sowie der Wirtschaft und der Wissenschaft den Verein PPP Schweiz. Dieser will die PPP-Methode im Markt verankern und begleitet entsprechende Projekte. Die diesjährige Fachtagung des Vereins fand am 23. Oktober im Kursaal in Bern statt und wurde vom Kompetenzzentrum für Public Management (KPM) im Rahmen des 175-Jahr-Jubiläums der Uni Bern mitorganisiert.

Weiterführende Links

Verein PPP Schweiz
Kompetenzzentrum für Public
Management (KPM) der Uni Bern

Finanzhaushaltsverordnung des Bundes gegenüber. Das Gesetz zwingt die Verwaltung dazu, in geeigneten Fällen eine langfristige Zusammenarbeit mit privaten Partnern zu prüfen. Das sei sinnvoll, sagte der Präsident des Vereins PPP Schweiz Thomas Pfisterer, denn selbst wenn am Ende kein PPP-Projekt entstehe, könne die Prüfung einen Effizienzgewinn bringen.

Kommt der Durchbruch?

Maurer dämpfte die allgemeine Euphorie und Aufbruchstimmung an der Tagung: «Die Partnerschaft zwischen Staat und privaten Leistungsanbietern muss in der Schweiz nicht neu erfunden werden.» Sie sei vielmehr natürlich gewachsen, etwa durch die Privatisierung von Firmen wie der Swisscom. Ausserdem wolle der Staat nicht all seine Geheimnisse mit Privatunternehmen teilen. Auf die zentrale Frage der Tagung «PPP – Was fehlt zum Durchbruch?» antwortete der Bundesrat deshalb skeptisch: «Kommt dieser Durchbruch überhaupt?» In anderen europäischen Ländern wie Grossbritannien, Deutschland oder Italien ist er längst gekommen. Doch da erhob der Verteidigungsminister ein letztes Mal den Mahnfinger: «Nur weil etwas im Ausland funktioniert, sollten wir es nicht einfach kopieren.»

[Universität Bern](#) | [Abteilung Kommunikation](#) | uniaktuell@unibe.ch



Fachtagung des Vereins PPP Schweiz

Noch viel zu wenig konkrete Projekte

PPP – die drei Buchstaben stehen für Public Private Partnership, eine bisher vor allem in England und Deutschland bekannte Kooperationsform zwischen öffentlicher Hand und Privaten. Das Modell gewinnt auch in der Schweiz immer mehr an Aufmerksamkeit. Dies zeigte eine Fachtagung in Bern. Noch besteht aber ein Mangel an konkreten Projekten.



Beispiel eines aktuellen Beschaffungs- und Betriebs-PPP-Projekts in der Schweiz: das im Bau befindliche Fussballstadion Luzern. Das Projekt umfasst neben dem Stadion ein Hallenbad, eine Doppelturnhalle, 250 Wohneinheiten sowie Büro- und Verkaufsfächen.



Argus Ref 37073095



Im Rahmen der 175-Jahr-Feierlichkeiten der Universität Bern fand die 4. nationale Fachtagung des Vereins PPP Schweiz statt. Sie war mit rund 280 Teilnehmern gut besucht. Experten aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft befassten sich mit der Frage «PPP – Was fehlt zum Durchbruch?». Einer Reihe von Grundlagenreferaten folgten vier vertiefende Foren zu den Themenkreisen «PPP und Hochbau» und «Infrastruktur, Dienstleistungen und Gesundheit». Ein Podiumsgespräch rundete die Veranstaltung ab.

Für Bundesrat Ueli Maurer muss die Partnerschaft zwischen Staat und Privaten nicht neu erfunden, sondern nur weiter entwickelt werden. Für die Verbreitung von PPP in der Schweiz sei ein klares Verständnis für diese Kooperationsform, keine Fokussierung nur auf Finanzierungsfragen und eine echte langfristige Partnerschaft zwischen der öffentlichen Hand und Privaten entscheidend. Wichtig sei auch, dass in der Bevölkerung nicht der Eindruck entstehe, dass die eine Seite bezahle und die andere profitiere. Für Maurer sind PPP-Projekte dann Erfolg versprechend, wenn sie in tauglichen Bereichen und dafür geeigneten Formen angewendet werden; auch sprach er sich für schweizeigene Formen aus.

«Prüfung lohnt sich immer»

«Mehr Leistung pro Steuerfranken» – dieses Motto rückte Thomas Pfisterer, Präsident des Vereins PPP Schweiz, ins Zentrum seiner Ausführungen. Es gelte, die Stärken von Staat und Privaten gleichzeitig zu nutzen. Eine Prüfung der PPP-Variante lohne sich eigentlich immer, weil damit meist die Effizienz gefördert werde. Das gebiete schon der Respekt gegenüber den Steuerzahlern. Das Modell erreiche Effizienz- und Kostenvorteile, weil es nicht nur den Bau, sondern auch den Betrieb und Unterhalt über die gesamte Lebensdauer einbeziehe. Chancen und Risiken würden so sinnvoll aufgeteilt. Gleichzeitig warnte Pfisterer vor zu grossen Erwartungen: PPP ermögliche keine Realisierung ohne Geld; zudem hänge der Erfolg von einem sorgfältigen und in der Regel aufwendigen Vorbereitung ab.

Seit etwa zehn Jahren findet das Thema in der

Schweiz zunehmende Aufmerksamkeit. Mit der Grundlagenstudie «PPP in der Schweiz» wurde 2004/2005 ein wichtiges Werk geschaffen. Bis heute hat die PPP-Bewegung weiter an Fahrt gewonnen. Auf verschiedenen Ebenen werden Aufklärungsarbeiten geleistet, Potenziale untersucht und diverse Projekte initiiert. Trotzdem stellte Guido Grütter, Vorstandsmitglied PPP Schweiz, hierzulande eine gewisse Zurückhaltung gegenüber dieser Kooperationsform fest. Stattdessen seien viele pragmatische und traditionelle partnerschaftliche Ansätze «nach Schweizer Art» zu beobachten. Gründe dafür sieht Grütter unter anderem in der einfachen und günstigen Kapitalbeschaffung, der hohen Rechtskomplexität und -unsicherheit, der komfortablen finanziellen Lage der öffentlichen Hand und dem hohen Effizienzniveau der Verwaltung. Trotzdem seien, gerade weil die Schweiz eine lange und erfolgreiche Tradition in der Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft habe, die Voraussetzungen für PPP gegeben. Grütter wünscht sich möglichst bald einige konkrete Projekte und deren erfolgreichen Abschluss – «bevor die künftige finanzielle Lage des Staates und der Wirtschaft dazu zwingt».

In Deutschland schon über 100 Projekte

Viel aktiver ist man mit PPP offenbar in Deutschland. Gemäss Professor Martin Weber, Vorstand der ÖPP Deutschland AG, wurden dort in den vergangenen sechs Jahren mehr als 100 Projekte mit einem Volumen von über einer Milliarde Euro realisiert. Die ÖPP Deutschland AG ist ein von der Bundesregierung gegründetes Beratungsunternehmen, das sich zu 60 Prozent im Besitz von Bund, Ländern, Kommunen und zu 40 Prozent im Besitz der Privatwirtschaft befindet. Ihr Ziel ist es, wirtschaftliche öffentlich-private Partnerschaften zu fördern.

Eine Pionierrolle kommt dem Bundesland Hessen zu, wo ein spezielles Kompetenzzentrum und der Verein «PPP in Hessen» seit 2005 die Weichen für vermehrte PPP-Projekte stellt. Langfristiges Ziel für Hessen ist, weniger selbst zu bauen, sondern bauen zu lassen und langfristig zu mieten. Mit Eignungstests und Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen werden Bauvorhaben des Landes auf ihre PPP-Tauglichkeit hin überprüft. Obwohl die



Vergabeverfahren komplex sind und lange dauern, ist Jens Markus Offermann, Regierungsdi- rektor des hessischen Ministeriums der Finanzen, vom Modell überzeugt. Hessen stuft PPP-Verfahren als Standardverfahren neben Eigenbauprojekten im staatlichen Hochbau ein.

Wann rechnet es sich?

Wirtschaftlichkeitsnachweise in Deutschland ergeben Effizienzvorteile von PPP-Projekten von bis zu 18 Prozent. Gemäss Urs Bolz, Partner PWC, rechnet sich PPP aber nur, wenn das Projekt vor- gängig seriös auf seine Eignung geprüft wird. Als weitere Entscheidungsgrundlage ist die Einforderung eines Wirtschaftlichkeitsvergleiches unab- dingbar mit dem Ziel, eine möglichst quantitative Abschätzung der Gesamtkosten zu eruieren. Schliesslich sind zweckmässige Ausschreibungen notwendig. Dabei sollen die Leistung und nicht der Lösungsweg beschrieben und Freiheiten im Leistungseinkauf zugelassen werden. «PPP eignet sich, weil die Kosten über den ganzen Le- benszyklus durch einen privaten Anbieter opti- miert werden können, der Private kostengünstiger produzieren kann, die Risiken optimal be- wirtschaftet werden, das PPP-Verfahren zu kommerzieller Disziplin zwingt und Synergien mit der Wirtschaft erschlossen werden können», ist Urs Bolz überzeugt.

Was fehlt zum Durchbruch?

In den verschiedenen Foren und in der abschlies- senden Podiumsdiskussion wurde wiederholt die Forderung laut, bei grösseren Vorhaben die Eig- nungsabklärung für das PPP-Modell in Bund,

Kantonen und Städten zur Pflicht zu machen. Wenn sich mittelfristige Effizienzvorteile prognos- tizieren lassen, sei PPP der richtige Weg, denn die Grundlagen dazu seien auch in der Schweiz vorhanden. Gefordert sind nun vor allem die Re- gierungen aller Stufen, solche Projekte zu initiie- ren und zu begleiten. Aber auch die Privatwirt- schaft könnte mit einem vermehrten Engagement dazu beitragen, PPP zu einem Erfolgsmodell zu machen. So wie es in einigen anderen Ländern bereits ist. ■ (sta)

Sämtliche Referate der Fachtagung «PPP – was fehlt zum Durchbruch?» können unter www.ppp-schweiz.ch eingesehen und heruntergeladen werden.

STICHWORT

Der Verein PPP Schweiz wurde im Mai 2006 von Vertretern der Eidgenossenschaft, einzelner Kantone und Städte sowie der Wirtschaft gegründet. Er setzt sich zum Ziel, Public Private Partnership (PPP) als Reali- sierungsvariante breit im Markt zu verankern sowie die Aufstart- und Transaktionskosten für PPP-Interessenten zu reduzieren. Gleich- zeitig möchte er die Rahmenbedingungen für gemischtwirtschaftliche Vorhaben in der Schweiz verbessern. Im Baubereich versteht man unter PPP eine langfristige, vertraglich geregelte, entgeltliche Zusammenarbeit zwi- schen einem öffentlichen Auftraggeber und einem privaten Partner über den gesamten Lebenszyklus eines Bauwerks. Eine Liste mit Beschreibungen der aktuell wichtigsten PPP- Projekte in der Schweiz findet sich unter www.ppp-schweiz.ch. (sta)

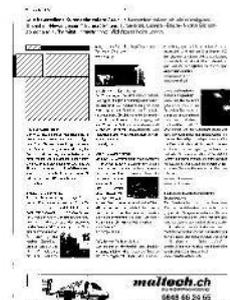
Inland



Was fehlt zum Durchbruch?
Rund 280 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der vierten nationalen Fachtagung des Vereins PPP Schweiz folgten den Aus-

führungen der Experten aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft zum Thema «PPP – Was fehlt zum Durchbruch?» Bemängelt wurden vor allem die noch mangelnden konkreten PPP-Projekte. Bundesrat Ueli Maurer machte klar, dass das Verständnis für PPP und eine echte, langfristige Partnerschaft zwischen Staat und Privaten von zentraler Bedeutung sind.

www.ppp-schweiz.ch



Argus Ref 37281305

PUBLIC PRIVATE PARTNERSHIP (PPP)

«Mehr Leistung pro Steuerfranken»

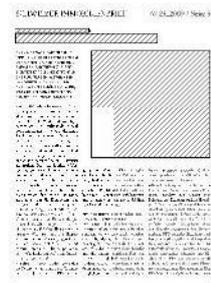


Sportarena Luzern: Gemäss den Plänen von Stadt und Kanton Luzern soll ab 2011 in einem neuen Fussballstadion gekickt werden. Die 250 Millionen CHF schwere PPP umfasst nebst dem Stadion mit 16.000 Plätzen ein Hallenbad, eine Doppelturnhalle, 250 Wohnheiten, Büro- und Verkaufsflächen und zahlreiche weitere Einrichtungen.

PUBLIC PRIVATE PARTNERSHIP (PPP), EINE KOOPERATIONSFORM DER ÖFFENTLICHEN HAND UND PRIVATEN PARTNERN ZUR EFFIZIENTEN ERFÜLLUNG ÖFFENTLICHER AUFGABEN, GEWINNT IN DER SCHWEIZ AN BEDEUTUNG. AUCH WENN BEMÄNGELT WIRD, DASS ES AN KONKRETEN PPP-PROJEKTEN (NOCH) MANGELT.

BW. PPP-Modelle kommen als Alternative gegenüber herkömmlichen Realisierungsvarianten in der Schweiz immer mehr in Mode. Ein wichtiger Schritt war nicht zuletzt das Signal des Bundesrates, welcher in der Ende 2008 verabschiedeten Teilrevision

geeigneten Fällen die Möglichkeit von längerfristigen, vertraglich geregelten Partnerschaften mit Privaten zu prüfen. Dass die konkrete Umsetzung von PPP-Modellen dennoch nur schleppend vorankommt, lässt aus Sicht von Prof. Dr. Andreas Lienhard, geschäftsführender Direktor des Kompetenzzentrums für Public Management der Universität Bern, zum einen auf die Komplexität der Materie und die noch mangelnde Praxiserfahrung hierzulande schliessen. Andererseits aber auch auf eine Verunsicherung der Entscheidungsträger. Dies wirft Fragen auf: Ist der Nutzen von PPP-Modellen zu wenig fassbar? Wie lässt sich die Skepsis von Politik und Verwaltungen überwinden? Lassen sich öffentliche und



private Interessen überhaupt vereinen? Was fehlt, um PPP zum Durchbruch zu verhelfen?

Mit diesen Fragen beschäftigten sich die Referenten und rund 280 Teilnehmer der 4. nationalen PPP-Fachtagung des Vereins PPP Schweiz, die Ende Oktober im Rahmen der 175-Jahr-Feierlichkeiten der Universität Bern stattfand. Experten aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft diskutierten die neuesten Erfahrungen und loteten Chancen sowie Risiken von PPP-Modellen aus.

PPP-Projekte nicht flächendeckend anwendbar

Die Partnerschaft zwischen Staat und Privaten müsse nicht neu erfunden, sondern weiter entwickelt werden, stellte Bundesrat Ueli Maurer fest. Wichtig sei, dass nicht der Eindruck entstehe, dass die eine Seite bezahlt und die andere profitiert. Für den VBS-Chef sind PPP-Projekte nicht flächendeckend anwendbar, sondern dann erfolgversprechend, wenn sie in tauglichen Bereichen und richtigen Formen angewendet werden. Gleichzeitig plädierte der VBS-Chef für eine schweizeigene Lösung.

«Mehr Leistung pro Steuerfranken!» lautete das Motto, das Thomas Pfisterer, Präsident des Vereins PPP Schweiz, ins Zentrum rückte. Es gelte, die Stärken von Staat und Privaten gleichzeitig zu nutzen. Eine Prüfung der PPP-Variante lohne sich stets, so Pfisterer, weil meist die Effizienz gefördert werde. Das gebiete schon der Respekt gegenüber den Steuerzahlern. PPP erreiche Effizienz- und Kostenvorteile, weil es nicht nur den Bau, sondern auch den Betrieb und Unterhalt über die gesamte Lebensdauer einbeziehe. Chancen und Ri-

siken eines PPP würden so sinnvoll aufgeteilt. Gleichzeitig warnte Pfisterer vor zu grossen Erwartungen: Das PPP-Modell ermögliche keine >>> >>> Realisierung ohne Geld; zudem hänge PPP von einem sorgfältigen Vorbereitung ab, die aufwendig sei.

WO STEHT DIE SCHWEIZ?

Seit 2000 findet das Thema PPP in der Schweiz in Publikationen zunehmende Aufmerksamkeit. Mit der Grundlagenstudie «PPP in der Schweiz» wurde 2004/2005 ein wichtiges Werk geschaffen. Bis heute hat die PPP-Bewegung weiter an Fahrt gewonnen. Auf verschiedenen Ebenen werden Aufklärungsarbeiten geleistet, Potenziale untersucht und diverse PPP-Projekte initiiert.

Guido Grütter, Vorstandsmitglied PPP Schweiz, stellte trotzdem eine gewisse Zurückhaltung in Sachen PPP in der Schweiz fest. Stattdessen seien viele pragmatische Kooperationen und traditionelle, partnerschaftliche Ansätze nach Schweizer Art zu beobachten. Gründe dafür sieht Grütter unter anderem in der einfachen und günstigen Kapitalbeschaffung, der hohen Rechtskomplexität und -unsicherheit, der komfortablen finanziellen Lage der öffentlichen Hand und dem hohen Effizienzniveau der Verwaltung. Trotzdem seien, gerade weil die Schweiz eine lange und erfolgreiche Tradition in der Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft hat, die Voraussetzungen für PPP gegeben. Grütter wünscht sich eine baldige Erhöhung der Zahl der PPP-Projekte und deren erfolgreichen Abschluss, bevor die künftige finanzielle Lage des Staates und der Wirtschaft dazu zwingt.

In Deutschland geht viel mehr. In sen zu. Mit der Gründung des PPP- den letzten knapp sechs Jahren wur- Kompetenzentrums und des Ver- den in Deutschland gemäss Prof. eins PPP in Hessen 2005 wurden die Martin Weber, Vorstand der ÖPP Weichen für PPP-Projekte gestellt. Deutschland AG, über 100 PPP-Pro- Langfristiges Ziel für Hessen ist, we- jekte mit einem Volumen von über niger selbst zu bauen, sondern bauen einer Milliarde Euro realisiert. Die zu lassen und langfristig zu mieten. ÖPP Deutschland AG ist ein von der Mit Eignungstests und Wirtschaft- Bundesregierung gegründetes Bera- lichkeitsuntersuchungen werden tungsunternehmen (60 Prozent im Bauvorhaben des Landes auf ihre Besitz von Bund, Ländern, Kommu- PPP-Tauglichkeit hin überprüft. nen, 40 Prozent im Besitz der Privat- Obwohl die Vergabeverfahren kom- wirtschaft), welches zum Ziel hat, die plex sind und lange dauern, ist Jens Zunahme von wirtschaftlichen Öff- Markus Offermann, Regierungsd- fentlich-Privaten Partnerschaften in rektor des Hessischen Ministeriums Deutschland zu fördern. Hauptauf- der Finanzen, von PPP überzeugt. gaben liegen in der Projektberatung Hessen stuft PPP-Verfahren als Stan- für die öffentliche Hand und in der dardverfahren neben Eigenbaupro- Grundlagenarbeit. jekten im staatlichen Hochbau ein. Eine Pionierrolle im Bereich PPP in Optimierungspunkte sieht Offer- Deutschland kommt dem Land Hes- mann unter anderem in der >>>



Stadion Aarau: Die Stadt Aarau, der Kanton Aargau und Private haben die Realisierung des mit 150 Millionen Franken budgetierten Projektes auf 2010 veranschlagt.

>>> Vereinheitlichung der Vergabeverfahren, der Sicherung der Planungsqualität, der Stärkung des Lebenszyklusansatzes in der Prüfung und Wertung der Angebote, der angemessenen Vergütung der Planungsleistung und in der Vereinheitlichung der interessengerechten Risikoverteilung für PPP-Verträge. Wirtschaftlichkeitsnachweise von PPP-Projekten in Deutschland ergeben Effizienzvorteile von bis zu 18 Prozent. Für PWC-Partner Dr. Urs Bolz rechnet sich PPP nur, wenn das Projekt vorgängig seriös auf seine Eignung geprüft wird. Als weitere Entscheidungsgrundlage ist die Einforderung eines Wirtschaftlichkeitsvergleiches unabdingbar mit dem Ziel, eine möglichst quantitative Abschätzung der Gesamtkosten zu eruiieren. Schliesslich sind zweckmässige Ausschreibungen notwendig. Dabei sollen die Leistung und nicht der Lösungsweg beschrieben und Freiheiten im Leistungseinkauf zugelassen werden. «PPP eignet sich, weil die Kosten über den ganzen Lebenszyklus durch einen privaten Anbieter optimiert werden können, der Private

kostengünstiger produzieren kann, die Risiken optimal bewirtschaftet werden, das PPP-Verfahren zu kommerzieller Disziplin zwingt und Synergien mit der Wirtschaft erschlossen werden können», ist Bolz überzeugt. Aus den verschiedenen Foren (Dienstleistungen, Hochbau, Infrastruktur und Gesundheit) sowie aus der Podiumsdiskussion zeigte sich insbesondere folgendes: Bei grösseren Vorhaben muss die Eignungsabklärung für das PPP-Modell in Bund, Kantonen und Städten zur Pflicht werden. Lassen sich mittelfristige Effizienzvorteile prognostizieren, ist PPP der richtige Weg. Die Grundlagen dazu sind auch in der Schweiz vorhanden. Gefordert sind nun vor allem die Regierungen, PPP-Projekte zu initiieren und aufmerksam zu begleiten. Aber auch die Privatwirtschaft kann mit ihrem Engagement viel dazu beitragen, dass die partnerschaftliche Aufgabenerfüllung mittels PPP – der schweizerischen Tradition entsprechend – zum neuen Erfolgsmodell wird. Der Steuerzahler wird es letztlich danken. •

“Mehr Leistung pro Steuerfranken!”

PPP in der Schweiz

Rund 280 Teilnehmer und Teilnehmerinnen der 4. nationalen Fachtagung des Vereins PPP Schweiz folgten im Rahmen der 175-Jahr-Feierlichkeiten der Universität Bern mit großem Interesse den Ausführungen der Experten aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft zum Thema “PPP – was fehlt zum Durchbruch?”.

Für Bundesrat Ueli Maurer muss die Partnerschaft zwischen Staat und Privaten nicht neu erfunden, sondern weiter entwickelt werden. Für die Verbreitung von PPP in der Schweiz sei ein klares Verständnis für PPP, keine Fokussierung nur auf Finanzierungsfragen und eine echte, langfristige Partnerschaft zwischen der öffentlichen Hand und Privaten entscheidend. Wichtig sei, dass nicht der Eindruck ent-

stehe, dass die eine Seite bezahlt und die andere profitiert.

“Nach Schweizer Art“ überwiegt

“Mehr Leistung pro Steuerfranken!” lautete das Motto, das Thomas Pfisterer, Präsident des Vereins PPP Schweiz, ins Zentrum rückte. Es gelte, die Stärken von Staat und Privaten gleichzeitig zu nutzen. Eine Prüfung der PPP-Variante lohne sich stets, so Pfisterer, weil meist die Effizienz gefördert werde. Gleichzeitig warnte Pfisterer vor zu großen Erwartungen: Das PPP-Modell ermögliche keine Realisierung ohne Geld; zudem hänge PPP von einer sorgfältigen Vorbereitung ab, die aufwändig sei.

Seit 2000 findet das Thema PPP in der Schweiz zunehmen-

de Aufmerksamkeit. Bis heute hat die PPP-Bewegung weiter an Fahrt gewonnen. Auf verschiedenen Ebenen werden Aufklärungsarbeiten geleistet, Potenziale untersucht und diverse PPP-Projekte initiiert.

Guido Grütter, Vorstandsmitglied PPP Schweiz, stellte trotzdem eine gewisse Zurückhaltung in Sachen PPP in der Schweiz fest. Stattdessen seien viele pragmatische Kooperationen und traditionelle, partnerschaftliche Ansätze “nach Schweizer Art” zu beobachten. Gründe dafür sieht Grütter unter anderem in der einfachen und günstigen Kapitalbeschaffung, der hohen Rechtskomplexität und -unsicherheit, der komfortablen finanziellen Lage der öffentlichen Hand und dem hohen Effizienzniveau der

Verwaltung. Trotzdem seien, gerade weil die Schweiz eine lange und erfolgreiche Tradition in der Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft hat, die Voraussetzungen für PPP gegeben. Grütter wünscht sich eine baldige Erhöhung der Zahl der PPP-Projekte und deren erfolgreichen Abschluss, bevor die künftige finanzielle Lage des Staates und der Wirtschaft dazu zwingt.

Eignungsabklärung zur Pflicht

Aus den verschiedenen Foren (Dienstleistungen, Hochbau, Infrastruktur und Gesundheit) sowie aus der Podiumsdiskussion zeigte sich insbesondere folgendes: Bei größeren Vorhaben muss die Eignungsabklärung für das PPP-Modell in Bund, Kantonen und Städten zur Pflicht werden.

Lassen sich mittelfristige Effizienzvorteile prognostizieren, ist PPP der richtige Weg. Die Grundlagen dazu sind auch in der Schweiz vorhanden. Gefordert sind nun vor allem die Regierungen, PPP-Projekte zu initiieren und aufmerksam zu begleiten. Aber auch die Privatwirtschaft kann mit ihrem Engagement viel dazu beitragen, dass die partnerschaftliche Aufgabenerfüllung mittels PPP – der schweizerischen Tradition entsprechend – zum neuen Erfolgsmodell wird: Der Steuerzahler wird es letztlich danken.

Prof. Dr. Thomas Pfisterer, Präsident Verein PPP Schweiz, Heinz Gut, Geschäftsführer Verein PPP Schweiz

PPP – mehr Leistung pro Steuerfranken

Public Private Partnership (PPP), eine Kooperationsform zwischen der öffentlichen Hand und Privaten zur effizienten Erfüllung öffentlicher Aufgaben, nimmt auch in der Schweiz an Bedeutung zu. Beanstandet werden die noch mangelnden konkreten PPP-Projekte. Für Bundesrat Ueli Maurer sind ein klares Verständnis für PPP und eine echte, langfristige Partnerschaft zwischen Staat und Privaten von zentraler Bedeutung.

Rund 280 Teilnehmer und Teilnehmerinnen der 4. nationalen Fachtagung des Vereins PPP Schweiz im Rahmen der 175-Jahr-Feierlichkeiten der Universität Bern folgten mit grossem Interesse den Ausführungen der Experten aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft zum Thema «PPP – Was fehlt zum Durchbruch?». Den Grundlagenreferaten am Vormittag folgten am Nachmittag vier Foren zur Vertiefung der Themenkreise PPP und Dienstleistungen, Hochbau, Infrastruktur und Gesundheit und ein abschliessendes Podiumsgespräch.

Für Bundesrat Ueli Maurer muss die Partnerschaft zwischen Staat und Privaten nicht neu erfunden, sondern weiterentwickelt werden. Für die Verbreitung von PPP in der Schweiz sei ein klares Verständnis für PPP, keine Fokussierung nur auf Finanzierungsfragen und eine echte, langfristige Partnerschaft zwischen der öffentlichen Hand und Privaten entscheidend. Wichtig sei, dass nicht der Eindruck entstehe, dass die eine Seite bezahlt und die andere profitiert. Für den VBS-Chef sind PPP-Projekte nicht flächendeckend anwendbar, sondern dann erfolgversprechend, wenn sie in tauglichen Bereichen und richtigen Formen angewendet werden. Gleichzeitig plädierte der VBS-Chef für eine schweizer-eigene Lösung.

«Mehr Leistung pro Steuerfranken!» lautete das Motto, das Thomas Pfisterer, Präsident des Vereins PPP Schweiz, ins Zentrum rückte. Es gelte, die Stärken von Staat und Privaten gleichzeitig zu nutzen. Eine Prüfung der PPP-Variante lohne sich stets, so Pfisterer, weil meist die Effizienz gefördert werde. Das gelte schon der Respekt gegenüber den Steuerzahlern. PPP erreiche Effizienz- und Kostenvorteile, weil es nicht nur den Bau, sondern auch den Betrieb und Unterhalt über die ge-

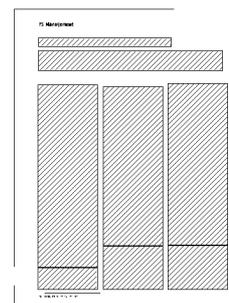
samte Lebensdauer einbeziehe. Chancen und Risiken eines PPP würden so sinnvoll aufgeteilt. Gleichzeitig warnte Pfisterer vor zu grossen Erwartungen: Das PPP-Modell ermögliche keine Realisierung ohne Geld; zudem hänge PPP von einer sorgfältigen Vorbereitung ab, die aufwendig sei.

Wo steht die Schweiz?

Seit 2000 findet das Thema PPP in der Schweiz in Publikationen zunehmende Aufmerksamkeit. Mit der Grundlagenstudie «PPP in der Schweiz» wurde 2004/2005 ein wichtiges Werk geschaffen. Bis heute hat die PPP-Bewegung weiter an Fahrt gewonnen. Auf verschiedenen Ebenen werden Aufklärungsarbeiten geleistet, Potenziale untersucht und diverse PPP-Projekte initiiert.

Guido Grütter, Vorstandsmitglied PPP Schweiz, stellte trotzdem eine gewisse Zurückhaltung in Sachen PPP in der Schweiz fest. Stattdessen seien viele pragmatische Kooperationen und traditionelle, partnerschaftliche Ansätze nach Schweizer Art zu beobachten. Gründe dafür sieht Grütter unter anderem in der einfachen und günstigen Kapitalbeschaffung, der hohen Rechtskomplexität und -unsicherheit, der komfortablen finanziellen Lage der öffentlichen Hand und dem hohen Effizienzniveau der Verwaltung. Trotzdem seien, gerade weil die Schweiz eine lange und erfolgreiche Tradition in der Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft hat, die Voraussetzungen für PPP gegeben. Grütter wünscht sich eine baldige Erhöhung der Zahl der PPP-Projekte und deren erfolgreichen Abschluss, bevor die künftige finanzielle Lage des Staates und der Wirtschaft dazu zwingt.

PPP-Erfolgsgeschichte Deutschland



In Deutschland geht viel mehr. In den letzten knapp sechs Jahren wurden in Deutschland gemäss Prof. Martin Weber, Vorstand der ÖPP Deutschland AG, über 100 PPP-Projekte mit einem Volumen von über einer Milliarde Euro realisiert. Die ÖPP Deutschland AG ist ein von der Bundesregierung gegründetes Beratungsunternehmen (60 Prozent im Besitz von Bund, Ländern, Kommunen, 40 Prozent im Besitz der Privatwirtschaft), das zum Ziel hat, die Zunahme von wirtschaftlichen öffentlich-privaten Partnerschaften in Deutschland zu fördern. Hauptaufgaben liegen in der Projektberatung für die öffentliche Hand und in der Grundlagenarbeit.

Eine Pionierrolle im Bereich PPP in Deutschland kommt dem Land Hessen zu. Mit der Gründung des PPP-Kompetenzzentrums und des Vereins PPP in Hessen 2005 wurden die Weichen für PPP-Projekte gestellt. Langfristiges Ziel für Hessen ist, weniger selbst zu bauen, sondern bauen zu lassen und langfristig zu mieten. Mit Eignungstests und Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen werden Bauvorhaben des Landes auf ihre PPP-Tauglichkeit hin überprüft. Obwohl die Vergabeverfahren komplex sind und lange dauern, ist Jens Markus Offermann, Regierungsdirektor des Hessischen Ministeriums der Finanzen, von PPP überzeugt. Hessen stuft PPP-Verfahren als Standardverfahren neben Eigenbauprojekten im staatlichen Hochbau ein. Optimierungspunkte sieht Offermann unter anderem in der Vereinheitlichung der Vergabeverfahren, der Sicherung der Planungsqualität, der Stärkung des Lebenszyklusansatzes in der Prüfung und Wertung der Angebote, der angemessenen Vergütung der Planungsleistung und in der Vereinheitlichung der interessengerechten Risikoverteilung für PPP-Verträge.

Wann rechnen sich PPP-Modelle?

Wirtschaftlichkeitsnachweise von PPP-Projekten in Deutschland ergeben Effizienzvorteile von bis zu 18 Prozent. Gemäss Dr. Urs Bolz,

Partner PWC, rechnet sich PPP nur, wenn das Projekt vorgängig seriös auf seine Eignung geprüft wird. Als weitere Entscheidungsgrundlage ist die Einforderung eines Wirtschaftlichkeitsvergleiches unabdingbar mit dem Ziel, eine möglichst quantitative Abschätzung der Gesamtkosten zu eruieren. Schliesslich sind zweckmässige Ausschreibungen notwendig. Dabei sollen die Leistung und nicht der Lösungsweg beschrieben und Freiheiten im Leistungseinkauf zugelassen werden. «PPP eignet sich, weil die Kosten über den ganzen Lebenszyklus durch einen privaten Anbieter optimiert werden können, der Private kostengünstiger produzieren kann, die Risiken optimal bewirtschaftet werden, das PPP-Verfahren zu kommerzieller Disziplin zwingt und Synergien mit der Wirtschaft erschlossen werden können», ist Urs Bolz überzeugt.

Was fehlt zum Durchbruch?

Aus den verschiedenen Foren (Dienstleistungen, Hochbau, Infrastruktur und Gesundheit) sowie aus der Podiumsdiskussion zeigte sich insbesondere Folgendes: Bei grösseren Vorhaben muss die Eignungsabklärung für das PPP-Modell in Bund, Kantonen und Städten zur Pflicht werden. Lassen sich mittelfristige Effizienzvorteile prognostizieren, ist PPP der richtige Weg. Die Grundlagen dazu sind auch in der Schweiz vorhanden. Gefordert sind nun vor allem die Regierungen, PPP-Projekte zu initiieren und aufmerksam zu begleiten. Aber auch die Privatwirtschaft kann mit ihrem Engagement viel dazu beitragen, dass die partnerschaftliche Aufgabenerfüllung mittels PPP – der schweizerischen Tradition entsprechend – zum neuen Erfolgsmodell wird. Der Steuerzahler wird es letztlich danken. (ppp/md)

Marktplatz ist online abrufbar!

www.facilityservices-fs.ch

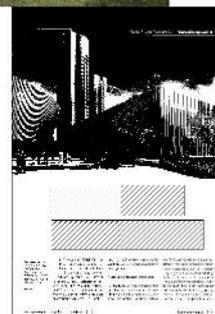
PPP: Was fehlt zum Durchbruch?

PPP – die drei Buchstaben stehen für Public Private Partnership, eine bisher vor allem in England und Deutschland bekannte Kooperationsform zwischen öffentlicher Hand und Privaten. Das Modell gewinnt jetzt auch in der Schweiz immer mehr an Aufmerksamkeit. Dies zeigte eine Fachtagung in Bern. Noch besteht aber ein Mangel an konkreten Projekten.



Beispiel eines aktuellen Beschaffungs- und Betriebs-PPP-Projekts in der Schweiz: das im Bau befindliche Fussballstadion Luzern

Bild: zvg



Argus Ref 37643211

Im Rahmen der 175-Jahr-Feierlichkeiten der Universität Bern besuchten kürzlich rund 280 Teilnehmer die 4. nationale Fachtagung des Vereins PPP Schweiz. Experten aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft befassten sich mit dem Thema «PPP – Was fehlt zum Durchbruch?». Einer Reihe von Grundlagenreferaten folgten vier vertiefende Foren zu den Themenkreisen PPP und Hochbau, Infrastruktur, Dienstleistungen und Gesundheit sowie ein abschliessendes Podiumsgespräch.

Bundesrat Maurer über PPP

Für Bundesrat Ueli Maurer muss die Partnerschaft zwischen Staat und Privaten nicht neu erfunden, sondern nur weiter entwickelt werden. Für die Verbreitung von PPP in der Schweiz sei ein klares Verständnis für diese Kooperationsform, keine Fokussierung nur auf Finanzierungsfragen und eine echte, langfristige Partnerschaft zwischen der öffentlichen Hand und Privaten entscheidend. Wichtig sei auch, dass in der Bevölkerung nicht der Eindruck entstehe, dass die eine Seite bezahle und die andere profitiere. Für Maurer sind PPP-Projekte dann erfolgversprechend, wenn sie in tauglichen Bereichen und dafür geeigneten Formen angewendet werden; auch sprach er sich für schweizeigene Formen aus.

«Mehr Leistung pro Steuerfranken!» – dieses Motto rückte Thomas Pfisterer, Präsident des Vereins PPP Schweiz, ins Zentrum seiner Ausführungen. Es gelte, die Stärken von Staat und Privaten gleichzeitig zu nutzen. Eine Prüfung der PPP-Variante lohne sich eigentlich immer, weil damit meist die Effizienz gefördert werde. Das gebiete schon der Respekt gegenüber den Steuerzahlern. Das Modell erreiche Effizienz- und Kostenvorteile, weil es nicht nur den Bau, sondern auch den Betrieb und Unterhalt über die gesamte Lebensdauer einbeziehe. Chancen und Risiken würden so sinnvoll aufgeteilt. Gleichzeitig warnte Pfisterer vor zu grossen Erwartungen: PPP ermögliche

keine Realisierung ohne Geld; zudem hänge der Erfolg von einem sorgfältigen und in der Regel aufwendigen Vorbereitung ab.

Warum so zurückhaltend?

Seit etwa zehn Jahren findet das Thema in der Schweiz zunehmende Aufmerksamkeit. Mit der Grundlagenstudie «PPP in der Schweiz» wurde 2004/2005 ein wichtiges Werk geschaffen. Bis heute hat die PPP-Bewegung weiter an Fahrt gewonnen. Auf verschiedenen Ebenen werden Aufklärungsarbeiten geleistet, Potenziale untersucht und diverse Projekte initiiert. Trotzdem stellte Guido Grütter, Vorstandsmitglied PPP Schweiz, hierzulande eine gewisse Zurückhaltung gegenüber dieser Kooperationsform fest. Stattdessen seien viele pragmatische und traditionelle partnerschaftliche Ansätze «nach Schweizer Art» zu beobachten. Gründe dafür sieht Grütter unter anderem in der einfachen und günstigen Kapitalbeschaffung, der hohen Rechtskomplexität und -unsicherheit, der komfortablen finanziellen Lage der öffentlichen Hand und dem hohen Effizienzniveau der Verwaltung. Trotzdem seien, gerade weil die Schweiz eine lange und erfolgreiche Tradition in der Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft habe, die Voraussetzungen für PPP gegeben. Grütter wünscht sich möglichst bald einige konkrete Projekte und deren erfolgreichen Abschluss – «bevor die künftige finanzielle Lage des Staates und der Wirtschaft dazu zwingt».

Schon über hundert Projekte in Deutschland

Viel aktiver ist man mit PPP offenbar in Deutschland. Gemäss Professor Martin Weber, Vorstand der ÖPP Deutschland AG, wurden dort in den vergangenen sechs Jahren mehr als 100 solcher Projekte mit einem Volumen von über einer Milliarde Euro realisiert. Die ÖPP Deutschland AG ist ein von der Bundesregierung gegründetes Beratungsunter-

nehmen, das sich zu 60 Prozent im Besitz von Bund, Ländern, Gemeinden und zu 40 Prozent im Besitz der Privatwirtschaft befindet. Ihr Ziel ist es, wirtschaftliche öffentlich-private Partnerschaften zu fördern.

Eine Pionierrolle kommt dem Land Hessen zu, wo ein spezielles Kompetenzzentrum und der Verein «PPP in Hessen» seit dem Jahr 2005 die Weichen für vermehrte PPP-Projekte stellt. Langfristiges Ziel für Hessen ist, weniger selbst zu bauen, sondern bauen zu lassen und langfristig zu mieten. Mit Eignungstests und Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen werden Bauvorhaben des Landes auf ihre PPP-Tauglichkeit hin überprüft. Obwohl die Vergabeverfahren komplex sind und lange dauern, ist Jens Markus Offermann, Regierungsdirektor des Hessischen Ministeriums der Finanzen, vom Modell überzeugt. Hessen stuft PPP-Verfahren als Standardverfahren neben Eigenbauprojekten im staatlichen Hochbau ein.

Wirtschaftlichkeitsnachweise in Deutschland ergeben Effizienzvorteile von PPP-Projekten von bis zu 18 Prozent. Gemäss Urs Bolz, Partner PWC, rechnet sich PPP aber nur, wenn das Projekt vorgängig seriös auf seine Eignung geprüft wird. Als weitere Entscheidungsgrundlage ist die Einforderung eines Wirtschaftlichkeitsvergleiches unabdingbar mit dem Ziel, eine möglichst quantitative Abschätzung der Gesamtkosten zu eruieren. Schliesslich sind zweckmässige Ausschreibungen notwendig. Dabei sollen die Leistung und nicht der Lösungsweg beschrieben und Freiheiten im Leistungseinkauf zugelassen werden. «PPP eignet sich, weil die Kosten über den ganzen Lebenszyklus durch einen privaten Anbieter optimiert werden können, der Private kostengünstiger produzieren kann, die Risiken optimal bewirtschaftet werden, das PPP-Verfahren zu kommerzieller Disziplin zwingt und Synergien mit der Wirtschaft erschlossen werden können», ist

Urs Bolz überzeugt.

In den verschiedenen Foren und in der abschliessenden Podiumsdiskussion wurde wiederholt die Forderung laut, bei grösseren Vorhaben die Eignungsabklärung für das PPP-Modell in Bund, Kantonen und Städten zur Pflicht zu machen. Wenn sich mittelfristige Effizienzvorteile prognostizieren lassen, sei PPP der richtige Weg, denn die Grundlagen dazu seien auch in der Schweiz vorhanden. Gefordert sind nun vor allem die Regierungen aller Stufen, solche Projekte zu initiieren und zu begleiten. Aber auch die Privatwirtschaft könnte mit erhöhtem Engagement dazu beitragen, PPP zu einem Erfolgsmodell zu machen. So wie es in einigen andern Ländern bereits ist. *(zvg/sta)*

INFO

Sämtliche Referate der Fachtagung «PPP – was fehlt zum Durchbruch?» können unter www.ppp-schweiz.ch eingesehen und heruntergeladen werden.

Stichwort

Der Verein PPP Schweiz wurde im Mai 2006 von Vertreter der Eidgenossenschaft, einzelner Kantone und Städte sowie der Wirtschaft gegründet. Er setzt sich zum Ziel, Public Private Partnership (PPP) als Realisierungsvariante breit im Markt zu verankern sowie die Aufstart- und Transaktionskosten für PPP-Interessenten zu reduzieren. Gleichzeitig möchte er die Rahmenbedingungen für gemischtwirtschaftliche Vorhaben in der Schweiz verbessern. Im Baubereich versteht man unter PPP eine langfristige, vertraglich geregelte, entgeltliche Zusammenarbeit zwischen einem öffentlichen Auftraggeber und einem privaten Partner über den gesamten Lebenszyklus eines Bauwerks hinweg. Eine Liste mit Beschreibungen der aktuell wichtigsten PPP-Projekte in der Schweiz findet sich unter www.ppp-schweiz.ch



Ein PPP-Projekt in Deutschland: Der Baukonzern Hochtief finanziert, saniert und betreibt in Köln auf der Basis eines Public-Private-Partnership-Vertrags sieben Schulen an fünf Standorten.

Bild: Hochtief

- Nebst den Medien wurden in der Schweiz rund 1'400 Schlüsselpersonen und in Deutschland alle Mitglieder des Vereins PPP Hessen e.V. direkt mit der Medienmitteilung zur PPP-Fachtagung 2009 beliefert.
- Sämtliche Unterlagen zur PPP-Fachtagung 2009 stehen im Tagungsarchiv auf unserer Website zum Download bereit:
<http://www.ppp-schweiz.ch/contents/265-ppp-was-fehlt-zum-durchbruch-2>